



# Bundes- tags- brief



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

Nr. 137 • Die Woche im Bundestag • 07.06.2013

## Hilfe für die Menschen in den Hochwassergebieten

In diesen Tagen sind unsere Gedanken bei den Menschen in den vom Hochwasser betroffenen Regionen unseres Landes. Unfassbar, mit welcher Wucht sich das Wasser seine Wege sucht. Vielerorts steigen die Pegelstände noch immer an, neue Rekordstände sind zu befürchten. In Passau zum Beispiel hat das Wasser Höhen erreicht, wie Jahrhunderte zuvor nicht.

Erste Aufgabe ist daher jetzt zunächst, Leben zu schützen, Schäden so weit wie möglich zu verhindern und Hilfe so schnell wie möglich an die bedürftigsten Stellen zu bringen. Dazu ist der Bund bereits vor Ort aktiv: Neben 1.800 Mitgliedern des Technischen Hilfswerks und 500 Bundespolizisten sind etwa 4.000 Soldaten und Reservisten im Einsatz. Wir lassen die Menschen nicht allein.

Die Arbeiten werden durch einen vom Bundeskanzleramt eingesetzten Krisenstab koordiniert. Die Bundeskanzlerin selbst steht in engem Kontakt mit den Ministerpräsidenten der betroffenen Länder. Es ist gut, dass sie sich zudem ein eigenes Bild vor Ort macht. Wir sind dankbar, dass die Kanzlerin den Geschädigten als Soforthilfe bereits 100 Millionen Euro zugesagt - und weitere Hilfen in Aussicht gestellt hat.

Unser Dank gilt allen Einsatzkräften und den vielen ehrenamtlichen Helfern, die vor Ort alles in ihren Kräften Stehende tun, um den vom Hochwasser betroffenen Menschen zu helfen.

### **Das Regierungsprogramm der Union entsteht im Dialog**

Im April startete eine sehr erfolgreiche Mitmach-Aktion der CDU unter dem Motto „Was mir am Herzen liegt“.

Auch die CSU hat auf großen Kongressen Anregungen zusammengetragen. Daraus erarbeiten wir jetzt ein Regierungsprogramm, das sich von den Oppositionsprogrammen wohltuend allein dadurch unterscheiden wird, dass man unsere Worte bereits heute an unseren Taten messen kann.

Klar ist, wie wir unsere erfolgreiche Politik fortsetzen wollen:

Ab 2015 werden wir keine neuen Schulden mehr machen. Ab 2016 beginnen wir mit der Rückzahlung der alten Schulden. Steuererhöhungen brauchen wir dafür nicht.

Wir werden auch künftig durch eine wachstums- und beschäftigungsfördernde Politik Spielräume erarbeiten und dann Zug um Zug umsetzen, was uns wichtig ist: Eine Verbesserung bei den Mütterrenten, die Anhebung von Kinderfreibetrag und Kindergeld, mehr Mittel für die Verkehrsinfrastruktur und viele andere richtige Dinge mehr, die in den letzten Tagen seltsam aufgeregt diskutiert wurden.

### **Kommunen sind die Sieger**

Die kommunalfreundliche Politik der Bundesregierung ist ein milliardenschwerer Segen für die Städte und Gemeinden in unserem Land.

Das ist das Fazit der Antwort auf unsere Große Anfrage zur Lage der Kommunen. Wir haben in den vergangenen vier Jahren eine einmalige und bisher nicht dagewesene Leistungsbilanz erarbeitet, die sich positiv durch alle Politikbereiche zieht. Ganz im Sinne der Subsidiarität misst die Bundesregierung der kommunalen Selbstverwaltung ein großes Gewicht bei.

Grundvoraussetzung dafür sind solide Finanzen. Daher war die deutliche finanzielle Entlastung der Kommunen der christlich-liberalen Koalition so wichtig.

Deswegen übernimmt der Bund die Kosten für die Grundsicherung im Alter in der Höhe von ca. 4,5 Milliarden Euro. Den Ausbau der Betreuungspätze für Kinder unter drei Jahren fördert die Bundesregierung mit 5,5 Milliarden Euro und leistet den Ländern damit eine unschätzbare Hilfe.

Hinzu kommt, dass künftig die kommunalen Spitzenverbände noch besser in bundespolitische Entscheidungen eingebunden werden. Schließlich sorgt auch die positive wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes für einen Finanzierungsüberschuss der Kommunen, die im vergangenen Jahr erstmals seit 2008 wieder mehr eingenommen als ausgegeben haben, und zwar bundesweit 1,797 Milliarden Euro.

Der Bund steht zu seiner Verantwortung für die Kommunen. Wenn diese trotz der umfangreichen Zuschüsse und Lastenübernahmen durch den Bund weiterhin Probleme bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz oder den Kommunalfinanzen haben, liegt dies an Versäumnissen der Länder. Wir fordern, dass unsere Hilfen uneingeschränkt bei den Kommunen ankommen. Es ist alarmierend zu sehen, dass immer mehr Kommunen Verwaltungsklagen gegen ihre Landesregierungen einlegen müssen, weil sie sich unfair behandelt sehen.

### **OECD traut uns Vollbeschäftigung und hohe Binnendynamik zu**

Deutschland steuert der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zufolge auf Vollbeschäftigung ab 2014 zu. Die Organisation erwartet für das kommende Jahr ein kräftiges Wachstum in Deutschland in Höhe von 2 Prozent. Hintergrund ist die gute strukturelle Verfassung Deutschlands. Unser hoher Beschäftigungsstand und die positive Einkommensentwicklung stärken die private Binnennachfrage in Deutschland.

„Die Belebung der Binnennachfrage dürfte die Hauptwachstumsquelle darstellen“, so die OECD. Dies ist eine positive Entwicklung. Bisher mahnte die OECD stets Reformen für mehr

Binnennachfrage in Deutschland an. Auch betont die Organisation den positiven Einfluss, der von den günstigen Finanzierungsbedingungen auf die Bereitschaft zu Investitionen in Innovation und Qualität ausgeht. Innovationen sind der Schlüssel, um die Binnendynamik weiter zu steigern.

### **Stabiler Arbeitsmarkt und gute Löhne**

In Deutschland ist die Arbeitslosigkeit erneut unter die 3-Millionen-Marke gesunken. Sie ist jetzt auf dem niedrigsten Stand seit zwei Jahrzehnten.

Allein seit 2009 verringerte sich die jahresdurchschnittliche Zahl der Arbeitslosen um rund 500.000. Die Zahl der Erwerbstätigen ist im April auf den Rekordstand von 41,69 Millionen gestiegen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist mit 29,09 Millionen trotz Krise höher als vor zehn Jahren (rund 27 Millionen). Und viele Unternehmen suchen weiterhin nach Arbeitskräften. Es gibt 950.000 offene Stellen. Die Tendenz auf dem Arbeitsmarkt bleibt positiv.

Viele Arbeitnehmer in Deutschland können außerdem mit der diesjährigen Tarifrunde zufrieden sein: in mehreren Branchen wurden ordentliche Gehaltszuwächse realisiert. Und die weiteren Perspektiven sind hervorragend: Laut OECD kurbeln hohe Arbeitsplatzsicherheit und steigende Einkommen den privaten Konsum in Deutschland weiter an.

Die Arbeitnehmer und ihre Familien haben allen Grund, optimistisch in die Zukunft zu blicken. Wir dürfen uns aber nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen. Die Risiken insbesondere im Euroraum sind nach wie vor hoch. Die OECD fordert jedoch keinen Paradigmenwechsel.

Für weiteren wirtschaftlichen Aufschwung und Arbeitsplätze in Deutschland sind die Fortführung der in Europa begonnenen Reformen für mehr Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit unerlässlich.

Ebenso wichtig bleibt es, in Deutschland die Wachstumskräfte weiter zu stärken und alles zu unterlassen, was den Aufwärtstrend destabilisiert.

*(Quelle: BfA / Statistisches Bundesamt/OECD)*